



Inhalt

1	Selbst aktiv werden
2/3	Das meint der Leser
4	Bürgerforum Kommunalwahl
5	Höhepunkte von <i>AUF Witten</i>
6/7/8	Kohlekraftwerk - AKW
9	Frauenpolitischer Ratschlag
10	200. Montagsdemo in Witten
11	Preispolitik der Stadtwerke
12	Bestandsaufnahme

November 2008

Ausgabe 4/2008

Zeitung des überparteilichen Personenwahlbündnisses **AUF Witten**

Überparteiliche Wahlbündnisse zunehmend gefragt

Selbst aktiv werden für eine lebenswerte Stadt

von Gregor Duve und Ulrich Wagner, beide im Vorstand von *AUF Witten*

Liebe Leserin, lieber Leser,

am Wochenende des 18./19. Oktober 2008 fand in Mülheim a.d. Ruhr der 10. kommunalpolitische Ratschlag statt. Das ist ein Zusammenschluss auf überparteilicher Grundlage von Menschen und Organisationen, die sich für eine alternative Politik in ihren Kommunen einsetzen. *AUF Witten* war mit fünf Mitgliedern gut vertreten. 16 weitere Bündnisse beteiligten sich ebenfalls daran, sodass der kommunalpolitische Ratschlag aus ca. 70 Teilnehmern bestand.



Nachbesserung?

Die derzeitige Bankenkrise ist ein Paradebeispiel für die Politik, die in ganz Deutschland gemacht wird. Da verspekulieren sich irgendwelche Banken mit faulen Krediten in den USA und werden dafür noch entschädigt. Wenn aber ein Hartz IV Empfänger nur 10 Euro zu viel im Portemonnaie hat, wird er wie ein Schwerverbrecher behandelt.

Es ist nicht überraschend, dass angeblich kein Geld da sei, so wie es den Konzernen in den Rachen gestopft wird. In Witten ist ein solches Beispiel die neu gebaute Bus-



haltestelle am Rathaus, die gut 570.000 € kostet. Weitere Beispiele sind der Celestian-Bau, das blaue Lichterband....

Dabei will die Stadt ab 2014 ohne Neuverschuldung auskommen. Bei dieser Geldverschwendung ist sehr fraglich, ob das zu schaffen ist. Dann wird noch behauptet, dass mit Stellenabbau das Schuldenproblem vollständig gelöst werden könnte. Dabei muss die Stadt jedes Jahr neue Schulden machen um ihre alten Schulden begleichen zu können.

Alternative?

Ähnliches ist in vielen anderen Städten zu beobachten, das berichteten mehrere Vertreter von Bündnissen auf dem 10. kommunalpolitischen Ratschlag. Wie wir dieser Politik entgegen wirken können, wurde in mehreren Arbeitsgruppen erarbeitet.

Hauptergebnis aller Arbeitsgruppen war, dass Bündnisse wie *AUF Witten* und ihre Ratsvertreter eine alternative Kommunalpolitik auf überparteilicher Grundlage verfolgen.

- Wir verwirklichen eine transparente, alternative Politik und unsere Mitglieder bestimmen, was wir machen und was nicht.
- Wir sind finanziell unabhängig! Unsere Arbeit wird ausschließlich aus

Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert.

- Wir sind regelmäßig in der Öffentlichkeit präsent und bieten so allen Menschen die Möglichkeit, mit uns zusammen zu arbeiten und uns ihre Anliegen mitzuteilen.
- Unsere Ratsvertreter haben sich auf Prinzipien verpflichtet und sind bereit zurückzutreten, wenn sie gegen diese Prinzipien verstoßen

Selbst aktiv werden!

Selbst aktiv werden – das ist die Schlussfolgerung, um diese neue Art von Politik verwirklichen zu können. Hier ist jeder Mensch gefragt, der mit diesen Verhältnissen nicht mehr einverstanden ist. Ob die da oben machen können, was sie wollen, hängt davon ab, ob wir sie das machen lassen, oder ob wir sagen: Stopp! Wir entscheiden, was mit unserer Stadt passiert.

Deshalb ist auch unser Motto:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Das meint der Leser

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.)

Bei HP Pelzer Chemie wird weiter gestorben..

... und es passiert immer noch nichts. **Vor kurzem sind wieder zwei Kollegen an Lungenkrebs gestorben**, die mit mir in der mit Blausäure und anderen tödlichen Giften verseuchten Halle ungeschützt Formen mit Polyester ausschäumen.

Mittlerweile sind über die Hälfte dieser ehemaligen Belegschaft aus dieser Halle an Krebs gestorben, aktuell sind es 34 Pelzer-Arbeiter.

Doch wer gedacht hat, dass wenigstens die Hinterbliebenen entschädigt werden, täuscht sich.

Ich selbst, als einer der überlebte, allerdings mit schweren gesundheitlichen Störungen, die mich arbeitsunfähig machten, warte seit Jahren auf das endgültige Urteil des Sozialgerichts auf Anerkennung als Berufskrankheit und Entschädigung.

In dieser Republik stirbst Du eher an Vergiftung, bevor Du auch nur einen Hauch von Gerechtigkeit spüren kannst. Dafür sorgen schon die von der Berufsgenossenschaft und den Sozialhilfeträgern bezahlten Gutachter.

Es ist scheinbar völlig in Ordnung, wenn ein Gutachter wie bei mir geschehen, von der von anderen Ärzten festgestellten toxischen (d.h. durch Gift hervorgerufenen) Schädigung des Gehirns einfach keine Kenntnis nimmt und in seinem Gutachten einfach unter den Tisch fallen lässt. Dem tut kein Richter was.

Stattdessen behandeln sie Dich wie einen Simulanten, der eine Rente erschleichen will.

Es ist ein Skandal, dass ein Unternehmer wie Pelzer jahrelang seine Arbeiter aus Profitgier vergiften kann, in dem er sie ungeschützt und mit der Behauptung es läge keine Gefahr vor, schlimmsten Giften aussetzt.

Noch viel skandalöser ist es, dass die behördliche Aufsicht, die Krankenkassen, der Betriebsrat, die Berufsgenossenschaft und die Gutachter ein solches Umweltverbrechen auch noch decken.

Selbst der Bundestag, dem ich die Analyseergebnisse aus der Hallendecke mitsamt schockierenden Fotos vom Arbeitsplatz geschickt habe, hat seine Er-

mittlungen eingestellt. Ein ursächlicher Zusammenhang zu meiner Krankheit sei nicht nachgewiesen.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Bürgermeisterin kritisieren, die auf eine Anfrage von *AUF Witten*, was denn los sei bei Pelzer, alles als vollkommen in Ordnung abgetan hat. Wer glaubt, dass die bei Pelzer eingesetzten Gifte nur in der Hallendecke bleiben und der Bevölkerung nicht schaden, ist zumindest naiv oder er hat von der Umweltpolitik keine Ahnung. **In jedem Fall können wir uns solche Politiker nicht leisten, wenn uns unser Leben etwas wert ist.**

Erst recht können wir uns keine Politiker leisten, die solche Umweltverbrechen bewusst decken. Frau Merkel sollte sich lieber um Menschenrechte in Deutschland kümmern als in China. Sie braucht auch nicht so selbstgerecht über die Demokratie in Deutschland zu reden. **Wenn wir hier eine Demokratie hätten, wäre so was wie bei Pelzer nicht möglich.** Kritiker wie ich sind unbequem und werden regelrecht verfolgt und schikaniert, für mich ist das eine Art psychischer Folter.

Wir brauchen deshalb neue Politiker, die unbestechlich und nur den Interessen der Bevölkerung verpflichtet sind. Deshalb will ich auch für *AUF Witten* kandidieren.

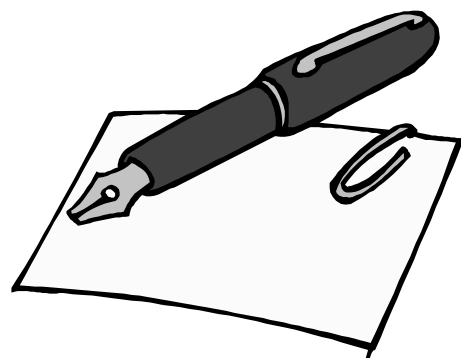
Peter Spyрка, Witten

Behinderte Menschen werden diskriminiert

Normalzustand in unserer Stadt?

Als Ansprechpartner einer Multiple-Sklerose (MS) – Selbsthilfegruppe werde ich ständig mit solchen Fragen konfrontiert. Nicht selten beklagen sich betroffene Bürgerinnen und Bürger über unüberwindbare Hindernisse außerhalb ihres persönlichen Umfeldes, wobei es sich dabei um **nicht barrierefreie Zugänge** in öffentlichen Einrichtungen handelt.

So sind es beispielsweise überwiegend Arztpraxen, die oftmals über mehrere Treppenstufen hinweg erreicht werden müssen. Vorhandene Aufzüge sind häufig zu eng, die Türen öffnen und schließen sich nicht automatisch, die Bedientasten sind nur schwer erreichbar. Das stellt vom **Rollstuhl abhängige Menschen vor unlösbare Probleme.** Desgleichen sind



Einkaufsstätten sehr häufig mit nicht automatisch öffnenden Türen versehen, so dass Menschen mit Rollstühlen ohne Hilfe nur **unter erschwerten Bedingungen Zugang** haben.

Die Erreichbarkeit geeigneter Behinderten-Toiletten ist kaum oder gar nicht vorhanden oder nur unter komplizierten Bedingungen (weite Wege und unwegsame Standorte, wenig Bewegungsraum, nicht ausreichend vorhandene Haltegriffe etc.)

Öffentliche Verkehrsmittel und deren Zugänge sind teilweise bzw. oft gar nicht behindertengerecht nutzbar oder gar erreichbar. Der Einsatz von geeigneten öffentlichen Transportmitteln erfolgt nicht in ausreichendem Maße, auch die dafür notwendige Hilfestellung lässt zu wünschen übrig.

So gibt es sicherlich in vielerlei Hinsicht weitere für behinderte Menschen unüberwindbare Schranken und Barrieren. Nicht selten stellt man sich die Frage, welche Experten solche planerischen Modelle entwerfen und konstruieren? Nur weil das Kind einen Namen haben muss oder man die gesetzlichen Vorlagen und Verordnungen zu erfüllen hat, werden solche für die Betroffenen nicht nachvollziehbaren Einrichtungen erbaut, ja sogar von behördlicher Seite abgesegnet.

Fazit: Ich möchte jeden Planer und Bauabnehmer solcher Projekte bitten, sich eine Woche lang im Rollstuhl unter den Bedingungen von Geh- und Bewegungseinschränkungen im öffentlichen Leben zu bewegen oder einen Betroffenen zu begleiten, vielleicht kommt dann die Erleuchtung.

Alle behinderten Menschen möchte ich dahin bewegen, über das aktiv werden in einem politisch aufgestellten überparteilichen Personenwahlbündnis z.B. hier in Witten *AUF Witten* für ihre Interessen und Bedürfnisse zu kämpfen.

Gregor Duve, Witten

Das meint der Leser – Fortsetzung von Seite 2

Futuristischer Sonnenschutz

Seit längerer Zeit beobachte ich den Bau dieser Haltestelle, ein Bauwerk voller nichts sagender Effekte. Erbaut mit einer Verschwendung von Steuergeldern in einem Umfang von über 570.000 €. Selbst wenn überwiegend das Land NRW zahlt, bleibt es doch ein Skandal, dass die Stadt Witten eine Haltestelle abreißt und eine neue baut, **ohne das Geld dafür zu haben**. Da geht die ganze Diskussion über das Für und Wider am Kern vorbei: **Die Finanzpolitik dieser Stadt hat jegliche Bodenhaftung verloren! Dafür werden dann Schulen geschlossen.**



Da ist es noch ein Denkmal der Planungsunfähigkeit, wenn nachträglich auf Kosten der Stadt ein Blitzableiter eingebaut werden muss, die Bauzeit jeden Negativrekord schlägt und von Regenschutz keine Rede sein kann. Allenfalls als futuristischer Sonnenschutz anzuwenden.

Mütter mit Kindern/Kinderwagen, behinderte und ältere Menschen mit Unterstützungshilfen, Rollstuhl, Rollatoren etc. sind im besonderen Maße betroffen, wenn der Regen, wie er es gerne tut, von der Seite kommt.

Für viel Geld, das man nicht hat, etwas gebaut, was schlechter ist als vorher. Den Verantwortlichen gebührt Hochachtung im kleinbürgerlichen Denken und Handeln.

Gregor Duve, Witten

"Nur" Schikane oder schon Exekution?

Eigentlich sah alles gut aus. Trotz 100%-iger Schwerbehinderung sollte ich dann doch noch einer Erwerbsarbeit nachgehen dürfen.

Zum 15.02.2005 trat ich die sozialversicherungspflichtige Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters an der Philipps-Universität Marburg an. Hierfür musste ich, da die Stelle zu 60 % von der Bundesagentur für Arbeit und zu 40 % vom Schwerbehindertenbeauftragten des Landes Hessen finanziert wurde, meinen Hauptwohnsitz nach Hessen verlegen.

Hier schlug dann, da ich meinen Lebensmittelpunkt noch in Witten hatte und hier noch den Zweitwohnsitz, sofort das **Steueramt der Stadt Witten mit der Zweitwohnsteuer** zu.

Nun war diese Marburger Stelle nur bis zum 14.02.2008 befristet und ich stand dann wieder als marktwirtschaftlicher Nullfaktor arbeitslos auf der Straße.

Ich bin fristgemäß und frühzeitig meiner Arbeitslosenmeldung bei der Agentur für Arbeit in Hagen nachgekommen. Aufgrund meiner Schwerbehinderung wurde ich dann einer Reha-Beraterin der Arbeitsagentur zugewiesen, die für mich die dringend benötigte Arbeitsstelle im wissenschaftlichen Bereich beschaffen wollte.

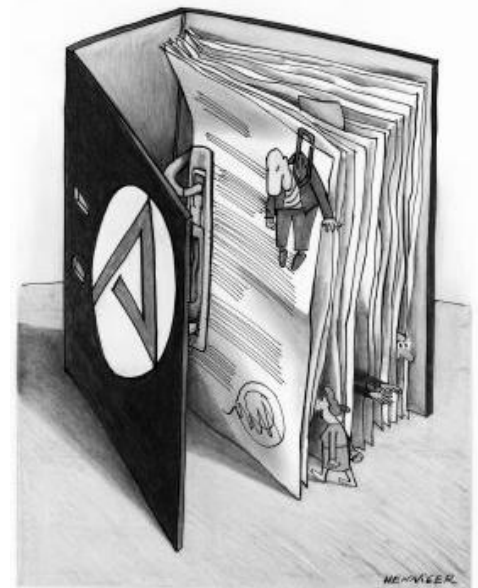
Scheinbar ist die Arbeitsagentur mit der Vermittlung behinderter Akademiker wohl total überfordert, wie das auch Beispiele aus dem Forum behinderter Akademiker belegen.

Ich bekam zunächst Arbeitslosengeld I (ALG I) und wollte unbedingt wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen, bevor ich in das ALG II abrutsche, da mir dann wohl auch der behinderungsbedingte Mehraufwand gestrichen wird (wie dies einem Berliner Freund geschehen ist) und die Arbeitsagentur dann auf diese inhumane Weise einen schönen Tod eines Behinderten herbeiführt, als Euthanasie betreibt.

Mir wurde dann auch offenbart, dass ich **bei der Aufnahme einer Selbstständigkeit einen Existenzgründerzuschuss** durch die Arbeitsverwaltung gewährt bekomme, nebst der Finanzierung einer Unternehmensberatung.

Also fasste ich den Entschluss, mich freiberuflich selbstständig zu machen und das "Dr. Carsten Rensinghoff-Institut für Praxisforschung, Beratung und Selbstständigkeit" zu gründen.

Exakt drei Tage vor der Eröffnung meines Instituts teilt mir die Arbeitsverwaltung mit, dass sie der Überzeugung ist das ich **nur weniger als 15 Stunden/Woche einer Arbeit** nachgehen kann und daher aus dem Arbeitslosen-



geld-I-Bezug herausfalle. Ich weiß nicht woher die Arbeitsverwaltung diese Information hat, zumal ich an der Philipps-Universität Marburg 30 Stunden/Woche gearbeitet habe und das auch in meinem Arbeitsvertrag steht/stand.

Meine Hinweise auf ihre inhumanen Unverschämtheiten (Streichung aller Geldmittel) und meine teilweise dreimal täglich geführten Anrufe bei der Arbeitsvermittlung, **veranlassten den Direktor der Agentur für Arbeit Hagen, mir ein Anrufverbot zu erteilen. Bei Nichtbeachtung droht mir dann wohl ein strafrechtliches Verfahren, was dann wohl der Exekution gleichkommt.**

Dr. Carsten Rensinghoff, Witten

Kindergeld wird angerechnet

Kindergeld wird auf die Regelleistung nach Hartz IV angerechnet: Das halte ich für ausgesprochen kinderfeindlich. Darüber hinaus verstößt die ganze Hartz-IV-Gesetzgebung meiner Meinung nach gegen die Menschenwürde.

Das sehen auch Sozialrichter in Hessen so und haben sich deshalb ans Bundesverfassungsgericht gewandt. Die werden sich mit ihrem Urteil sicher Zeit lassen. Es sollte aber sofort was passieren:

1. **Lasst den Hartz-IV-Betroffenen das Kindergeld und**
2. **Hartz IV muss weg!**

Angelika Funke, Witten

Startschuss für den Wahlkampf

von Peter Frey – Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

„Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!“ – das ist das Motto von *AUF Witten*. Wie dieses Motto im Wahlkampf zu den Kommunalwahlen 2009 lebendig wird, darüber sprachen Mitglieder und Freunde von *AUF Witten* beim Bürgerforum am 24. Oktober.

Es wurde viel diskutiert, welche Themen *AUF Witten* aufgreifen sollte. Sollten wir uns auf spezielle „Wahlkampfthemen“ konzentrieren oder einfach unsere Politik weiterverfolgen, die wir das ganze Jahr über machen?

Das Ohr an der Schiene

Ein wichtiger Grundsatz von *AUF Witten* ist es, die Interessen der in Witten lebenden

Menschen zu vertreten und dabei vor allem zu fördern, dass sie selbst aktiv werden. Es geht also darum, was den Leuten auf den Nägeln brennt.

Begrüßt wurde der Vorschlag, dazu eine Analyse zu machen, denn Themen gibt es genug: Ob es die Steuergelder sind, die die Stadt Witten an den Bau einer Nobelhaltestelle am Rathausplatz verschleudert oder die unzureichende Ausstattung der Stadt mit Kinderspielplätzen, der störende LKW Verkehr in der Stadt, infolgedessen immer mehr Straßen faktisch zu LKW-Parkplätzen werden oder die Beteiligung der Stadt am Bau eines umweltschädlichen Kohlekraftwerkes in Lünen, wofür sogar noch neue Schulden aufgenommen werden.

Positive Alternativen

Wichtig ist, dass wir nicht nur kritisieren, sondern dass wir mit unseren positiven Alternativen punkten!

Wir leben eine echte Demokratie, bei *AUF Witten* gibt es keine Pöstchenhatscherei, jedes Mitglied hat die gleichen Rechte.

In unseren Positionen zur Umweltpolitik schlagen wir vor, in Witten eine Kreislaufwirtschaft total einzuführen und dazu Kryo Recycling und IMK-Anlagen zu errichten. (*Kryo Recycling ist ein Verfahren, Kunststoffe, Gummi und Elektroschrott mit Hilfe von Kälte-*



technik sortenrein zu trennen und zu recyceln, IMK steht für Integrierte Methanisierung und Kompostierung und ist ein Verfahren zur Verwertung von Bio-Abfällen.)

Zur Finanzierung auch von freiwilligen Aufgaben der Stadt fordern wir schon lange Verhandlungen mit den Banken über ein Zinsmoratorium, was der Stadt Witten jährlich zur Zeit mehr als 15 Mio. € Spielraum verschaffen könnte.

Finanziell unabhängig

Der Vorschlag, die Leute dazu zu bewegen, *AUF Witten* zu wählen, indem man zum Beispiel kostenlos Würstchen verteilt, löste eine lebendige Debatte über unsere Finanzpolitik aus.

Einig waren sich alle, dass man bei Info-Ständen immer auch etwas Ansprechendes zu Essen anbieten muss. Das wirkt anziehend – denn Essen ist einfach ein menschliches Bedürfnis.

Wir wollen aber gerade nicht stellvertretend für die Menschen handeln, wir wollen, dass sie selbst aktiv werden. Alles, was wir tun, finanzieren wir ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. So gewährleisten wir unsere finanzielle und damit auch politische Unabhängigkeit.

Deshalb werden wir Würstchen, Kaffee, Kuchen und was uns sonst noch einfällt gegen Spenden abgeben. Damit

sind wir beim letzten Wahlkampf hervorragend gefahren und haben ihn komplett über Spenden finanziert!

Mitstreiter gesucht

Wir haben uns viel für den Wahlkampf vorgenommen, das will auch alles organisiert und gemacht werden. Dafür suchen wir noch interessierte Menschen, Freunde und Mitglieder von

AUF Witten oder solche, die es noch werden wollen, die sich mit Rat und Tat in den Wahlkampf einbringen wollen.

Dazu werden wir wieder verschiedene Teams gründen, die sich bestimmter Aufgaben annehmen, zum Beispiel ein Finanzteam, ein Werbeteam zur Gestal-



tung von Wahlplakaten, Teams zur Erarbeitung weiterer Positionspapiere zum Beispiel zur Jugend und so weiter.

Es sind auch alle Mitglieder von *AUF Witten* gefragt, ob sie sich als Kandidat in einem Wahlkreis oder für die Reserveliste zur Verfügung stellen.

Wer Interesse hat, hier mitzuwirken oder einfach eine neue Idee mitteilen will, kann sich jederzeit gerne an den Vorstand wenden.

AUF Witten lädt ein zur Jahreshauptversammlung

**Sonntag, 16. November 2008
11:00 Uhr bis 14:00 Uhr
Hotel Specht, Westfalenstraße 104, Annen**

Liebe Mitglieder,

liebe Freunde und interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Vor uns liegt ein spannendes Jahr! Auf der letzten Mitgliederversammlung am 15.06.2008 haben wir einstimmig beschlossen, uns an der Kommunalwahl 2009 zu beteiligen. Wir werden auch diesmal unseren Wahlkampf durch unser Motto „Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!“ prägen. Wir wollen nicht nur ein gutes Stimmenergebnis erzielen und wieder in den Stadtrat einziehen, sondern vor allem viele Menschen erreichen und dazu bewegen, selbst aktiv zu werden, sich in die Politik einzumischen und *AUF Witten* zu stärken.

Auf der Jahreshauptversammlung werten wir das vergangene Jahr aus und legen gemeinsam die Ziele für 2009 fest. Mit den Wahlen zum Vorstand stellen wir die Weichen für unseren Kommunalwahlkampf und die weitere Arbeit.

Mit dem Finanzbericht, der Entlastung des Kassierers und den Wahlen zu den Kassenprüfern gewährleisten wir unsere finanzielle Unabhängigkeit und die Finanzierung unserer Aufgaben.

Jedes Mitglied von *AUF Witten* ist herzlich eingeladen, sich für ein Mandat im Vorstand zur Verfügung zu stellen.

Natürlich sind auch all diejenigen eingeladen, an unserer öffentlichen Jahreshauptversammlung teilzunehmen, die noch nicht Mitglied in *AUF Witten* sind und Interesse haben, sich uns mal live anzuschauen.

Wir hoffen auf Euer zahlreiches Erscheinen,

Euer Vorstand

Die 9 Grundsätze von "AUF Witten"

1. *AUF Witten* ist ein Personenbündnis von Menschen, die sich durch die im Stadtrat etablierten Parteien nicht vertreten fühlen.

2. In *AUF Witten* sind alle willkommen, die Zustände nicht nur anklagen, sondern Ursachen aufzeigen und so positive Wege finden wollen.

3. *AUF Witten* ist den Alltagsproblemen der Menschen verpflichtet und will ihr Sprachrohr im Stadtrat und der Stadt sein.

4. *AUF Witten* ermutigt die Betroffenen, für ihre gegenwärtigen und zukünftigen Belange selbst aktiv zu werden und hilft ihnen, ihre Interessen durchzusetzen.

5. *AUF Witten* ist keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. In *AUF Witten* können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung gleichberechtigt zusammenarbeiten.

6. *AUF Witten* ist getragen vom Gedanken der Gleichberechtigung aller in Witten lebenden Menschen, ungeachtet ihrer nationalen Herkunft, ihrer Religion und ihres Alters und fördert ihr solidarisches Zusammenleben und ihre kulturelle Vielfalt.

7. *AUF Witten* schließt die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.

8. *AUF Witten* ist finanziell unabhängig und finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten.

9. *AUF Witten* praktiziert eine demokratische und solidarische Streitkultur mit folgenden Merkmalen:

- sachlich
- konstruktiv
- die Einheit wahrend
- offen gegenüber Kritiken
- Differenzen werden offen, kameradschaftlich und direkt im Rahmen des Bündnisses geklärt

Alle weiteren Informationen unter

www.auf-witten.de



AUF Witten lädt ein

- zur Jahresabschlussfeier
- am 29. November 2008, ab 18.30 Uhr
- im Gemeindehaus der Martin-Luther-Kirchengemeinde, Raum 2, Ardeystraße 138 in Witten-Annen

Wir wollen zusammen feiern und uns gemeinsam auf das kommende „Wahljahr“ einstimmen. Darum laden wir alle Mitglieder und Freunde von *AUF Witten* herzlichst ein, gemeinsam ein schönes Fest mit Essen, Trinken, kulturellem Programm und Musik auf die Beine zu stellen und zu feiern.



Wer uns unterstützen möchte, ist herzlich eingeladen, sich unter 02302 / 189 435 bei Nadine Frey zu melden und mit einem Beitrag zum Büffet oder zum Programm das Fest noch schöner zu gestalten. Bitte meldet Euch bis zum 15. November, ob Ihr kommt und ob Ihr etwas mitbringen möchtet.



**Wir freuen uns sehr
auf Euer zahlreiches Erscheinen.**

Nein zum Kohlekraftwerk in Lünen

Von Herbert Schlüter, geborener Lünener und Mitglied in der Umweltgruppe von AUF Witten

Die Stadtwerke Witten beteiligen sich über die *ewmr* an dem geplanten Kohlekraftwerk des Stadtwerkeverbundes Trianel – ungeachtet von grundsätzlichen Kritiken, so auch von AUF Witten-Ratsmitglied Achim Czulwick.

Auf meine Initiative hin nahmen wir Kontakt auf zur *Bürgerinitiative contra Kohlekraftwerk in Lünen*. Was diese Bürgerinitiative über Jahre hinweg über die hinter diesem Kohlekraftwerk stehenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen und Interessen aufgedeckt hat, lässt das Engagement der Wittener Stadtwerke in einem noch dubioseren Licht erscheinen. Wer sich an solchen Geschäften beteiligt, spricht sein Urteil über sich selbst.



NRW als Recyclingland Nummer 1

Thomas Matthée (siehe Bild) informiert über die Hintergründe:

"Es ist erklärtes Ziel der schwarz-gelben NRW-Landesregierung, NRW zum Energie-, Recycling- und Logistikland Nr. 1 zu machen. Z.B. wären um ein Haar im vergangenen Jahr ca. 20.000 Tonnen Giftmüll von Australien in Deutschland verbrannt worden. Dafür kommt statt dessen Hausmüll aus Neapel zu uns.



Th. Matthée ist seit 5 Jahren aktiver, ehrenamtlicher Naturschützer und seit 4 Jahren einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises für Umwelt und Heimat e.V., Lünen. Er ist Mitglied mehrerer Bürgerinitiativen in Lünen und hat immer wieder die Erfahrung gemacht, dass Lünen schwarz-rot verfilzt ist.

In diesem "Konzept" ist Lünen ein nicht unerheblicher Standort. Die Kupferhütte der Hüttenwerke Kayser ist Europas größte Sekundär-Kupferhütte. Auf dem Betriebsgelände der REMONDIS befinden sich allein 39 Recyclingbetriebe. Unweit dieser Betriebe haben im Stummhafen die MICROCA Kohlestäube GmbH und INNOVATHERM (Klärschlammverbrennung) ihre Standorte. Auf Lünener

Stadtgebiet befinden sich noch eine Glashütte und mehrere Firmen, die verseuchte Böden lagern und aufbereiten.

Um die Kupferhütte herum befinden sich inzwischen zehn Bergerhoff-Gefäße. Laut Messwerte-Tabelle des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) werden die Immissionswerte für verschiedene Schwermetalle – insbesondere Nickel – zum Teil um den Faktor sechs überschritten. Quecksilber und Thallium, für die es nach der Tabelle 6 der TA Luft 2002 Grenzwerte gibt, werden bisher gar nicht erfasst.

Schließlich betreibt EVONIK zwei Steinkohleblöcke mit insgesamt 500 Megawatt und der Genehmigung, Tiermehl, Klärschlämme und andere "Ersatzbrennstoffe" zu verarbeiten. Für die STEAG (Evonik) besteht schon seit vielen Jahren Bauleitplanungsrecht für eine Kraftwerkserweiterung."

Zu den Verflechtungen von Politik und Wirtschaft schreibt er:

"15.02.2006: Erste Berichte in der Lünener Lokalpresse, dass der Stadtwerkeverbund TRIANEL ein Steinkohlekraftwerk im Stummhafen bauen möchte. Später sickert durch bzw. wird klar bzw. ist bekannt:

a) Die Verträge zwischen den Stadtwerken Lünen GmbH, der Stummhafen GmbH, der Stadthafen GmbH, MICROCA Kohlestäube GmbH und TRIANEL sind schon lange hinter verschlossenen Türen verhandelt worden und unter Dach und Fach.

b) Den Vorsitz des Aufsichtsrates der Stadtwerke Lünen GmbH, einer 100%-igen Tochter der Stadt Lünen teilen sich die Fraktionsvorsitzenden der SPD (Hugo Becker) und der CDU (Friedhelm Schroeter).

c) Der Geschäftsführer der Stadthafen GmbH (Wilfried Weineck), Tochter

der Stadtwerke GmbH, sitzt für die SPD im Rat der Stadt Lünen.

d) Stadtwerke, Stadthafen und Stummhafen haben im Stummhafen Grundstücke, die sie schon seit vielen Jahren nicht vermarkten, aber nun plötzlich an TRIANEL verkaufen können.

e) Seit 2002 gibt es den als "Bürgerinitiative" getarnten Wirtschaftslobby-Verein ProLünen. Vorsitzender dieser "Freimaurerloge" (man munkelt, Nichtmitglieder bekommen in Lünen keine Aufträge) ist der Notar Hubert Tenberge. Fast alle Grundstücksverträge, die die Stadt Lünen abschließt, laufen über den Tisch von Hubert Tenberge.

f) Ein Mitglied von ProLünen ist der Bauunternehmer Eric Pamp. Fast alle Bauaufträge, die die Stadt Lünen vergibt, erhält Eric Pamp. Eric Pamp darf die Pfahlgründungen erstellen und einige Fundamente gießen.



BI – KKK Thomas Matthée
Grenzstraße 162, 44534 Lünen

Ausführliche Information unter:
www.auf-witten.de

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

g) Die MICROCA Kohlestäube GmbH hat ebenfalls eine Teilfläche an TRIANEL verkauft und soll den Umschlag und den Antransport der Steinkohle vom Stummhafen zum Kraftwerk übernehmen. Stiller Teilhaber der MICROCA Kohlestäube GmbH ist Hubert Tenberge. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt..."

Arbeitsplatzlüge ...

Den Kritiken der Bürgerinitiative, die von immer mehr Lünern aufgenommen werden, schlägt eine "geballte Macht aus SPD und CDU, der IG BCE, der Lünen Wirtschaftslobby, der Aufsichtsbehörden und Teilen der Lünen Lokalpresse" entgegen.

Angeblich sei die Luft in Lünen *gut* (*genug?*), die aufmüppigen Bürger würden Lünen nur schlecht reden, außerdem gäbe es **300 Langzeitarbeitsplätze!**

Doch angesichts der hartnäckigen Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerinitiative musste die TRIANEL selbst zugeben, dass im Dreischichtbetrieb nur 75 Arbeitsplätze entstehen. Auch die sogenannte gute Luft in Lünen ist durch Gutachten widerlegt.

... und kranke Kinder

Den Preis dafür zahlen wie immer Kranke, alte Menschen und vor allem Kinder. So veröffentlichte der Allgemeinmediziner und Allergologe Dr. Kluge aus Lünen seine Statistik über Zunahmen von Allergien, Atemwegs- und Hauterkrankungen bei Kindern im Zusammenhang mit der Kupferhütte und den von dort emittierten Schwermetallen. Und da soll noch ein Kohlekraftwerk die Luft weiter mit verpesten?

Umweltverbrechen verhindern!

Aus alldem geht hervor, dass der Neubau eines Kohlekraftwerks in Lünen ein bewusst geplantes Umweltverbrechen darstellt. Dagegen hat die Bürgerinitiative bis jetzt über 12.000 Unterschriften gesammelt.

Trotzdem beteiligen sich unsere Stadtwerke hier in Witten entgegen kritischer Stimmen im Rat der Stadt an dieser CO₂-Schleuder. Ganz getreu dem bisherigen Umgang der Ratsmehrheit mit dem Bürgerwillen in Witten.



Mit der Rechtsform einer AG entziehen sich die Stadtwerke als Firma, die eigentlich zu 100 Prozent dem Bürger gehören sollte, jeglicher demokratischer Kontrolle, abgesehen vom Aufsichtsrat unter Vorsitz der Bürgermeisterin und der beteiligten Ratsmitgliedern aus den Fraktionen der SPD, CDU und Grüne.

Es wird höchste Zeit, diesem undemokratischen Spuk ein Ende zu bereiten. **Wer will, dass im Rat der Stadt eine politische Kraft wirkt, die eine demokratische Kontrolle über die stadteigenen Betriebe zum Wohle der Bevölkerung verwirklicht, der muss AUF Witten stärken und damit auch die Solidarität mit unseren Nachbarn in Lünen.**

Energiegewinnung aus Kohle keine Alternative

Ein Kommentar von René Schlüter, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Im Rahmen der auch gerade in Witten geführten Diskussion um die Beteiligung der Stadt Witten am geplanten TRIANEL-Kohlekraftwerk in Lünen erscheint hier nun – erneut exklusiv in Witten im AUFbruch – der auch schon in der vorherigen Ausgabe angekündigte kritische Kommentar zur Energiegewinnung aus Kohle. Gerade in unserer Zeit von beginnendem Klimaschutz, bei gleichzeitig sich weiter verkürzenden AKW-Restlaufzeiten und stark wirtschaftlichen Interessen der Energiehersteller bzw. -versorger, scheint es aufgrund von offensichtlich recht gegensätzlichen Ansprüchen an die Energieversorgung angebracht, den derzeitigen Bauboom bei Kohlekraftwerken (27 neue Anlagen in Planungs-, Genehmigungs- bzw. Bauphase) sehr kritisch zu hinterfragen.

**Stromversorgung nicht ausreichend?**

Als Argumentationsgrundlage für den Bau dieser neuen Kohlekraftwerke wird, auch gerade mit Bezug auf auslaufende AKW-Laufzeiten, gerne die Gefahr einer Stromunterversorgung zu Spitzenzeiten benutzt.

Diese Argumentationsbasis führt sich jedoch selbst ad absurdum, wenn man einen kurzen Blick auf den **europäischen Strommarkt der letzten Jahre** legt. So war Deutschland im Jahre 2005 eines von nur sieben EU-Ländern, **das mehr Strom**

exportierte als es importierte. Das heißt es war ein **Stromüberschuss** vorhanden.

Des Weiteren ist es so, dass der innerhalb Europas gehandelte Strom immer zuerst in Länder mit hohen Strompreisen (hier liegen wir im Europa-Vergleich beim vierthöchsten Preis) gehen wird.

Komplett ins Reich der Märchen gerät diese Argumentation aber, wenn man dann auch noch liest, dass unser Land die **höchste aktuelle Stromflusssicherheit** in der gesamten europäischen Union hat: ganze fünfzehn Minuten pro Jahr sind unsere Haushalte aktuell durchschnittlich ohne Strom.

Beim Blick auf die für den Bau großer Mengen an neuer Kohlekraftwerkskapazi-

tät vorgetragenen Argumente wird also schnell deutlich, dass der **Kohlekraftwerksbauboom mehr durch wirtschaftliche Interessen der so genannten Energieversorger als durch die Gefahr einer Stromversorgungslücke im Land von hohem Strompreis, großer Stromflusssicherheit und aktuell möglichem Stromexportüberschuss bedingt ist.**

Nach der Abhandlung der für den Bau einer größeren Menge neuer Kohlekraftwerke benutzten Argumente scheint es nun an der Zeit, durchaus auch auf die **Argumente einzugehen, die gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke sprechen.**

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Umweltbilanz negativ

Als erstes seien hier die Abbaubedingungen in den Ländern genannt, aus denen ein Großteil der in der BRD verstromten Stein-Kohle stammt. Und andererseits auch die stark umweltverändernden Abbaumethoden des deutschen Braunkohletagebaus – siehe z.B. am Niederrhein oder in Sachsen.

So wird Stein-Kohle aus z.B. China, Ukraine oder Lateinamerika bei uns häufig **Blutkohle** genannt. Beim Blick auf den Umgang mit Arbeitskräften kann man sich sicherlich vorstellen, dass in den genannten Ländern auch der Umweltschutz und Sicherheitsstandards nicht eben zu den wichtigen Themen beim Kohlefördern zählen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch, dass die meisten neuen Kraftwerksbetreiberverträge die **ausschließliche** Verwendung dieser schmutzigen blutigen Importkohle vorsehen, im Gegensatz zur früher oft getätigten Praxis einer festgelegten Verstromung der einheimischen subventionierten Steinkohle.

Ein weiterer in diesem Zusammenhang sehr wichtiger Argumentationsstrang ist natürlich die Relation zwischen dem Bau neuer Kohlekraftwerke und den Klimaschutzzielen von Bund und EU, ein offener Gegensatz!

Spitze bei CO₂

So hat das bekannt werden der massiven deutschen Kohlekraftwerksneubaupläne (siehe oben) auch sofort einen sehr kritischen Kommentar des EU-Umweltkommissars hervorgerufen, da die geplanten Kraftwerke den **jährlichen deutschen CO₂-Ausstoß auf ca. 140 Millionen Tonnen** bringen würden, was in keinem Fall den von der EU beschlossenen Ziel einer CO₂-Ausstoßreduktion bis 2020 entsprechen würde.

Interessanterweise würde dieser Kohlendioxidausstoß auch den deutschen Klimaschutzzielen widersprechen, was man aber in einem anderen Licht sieht, wenn man weiß, dass der persönliche Klimaberater unserer Bundeskanzlerin Herr *Lars-Göran Josefsson* ironischerweise Chef des Energieversorgers und Kohlekraftwerkneubauers *Vattenfall* ist. *Vattenfall* und die anderen deutschen Energieriesen *RWE*, *EON* und *EnBW* sind

übrigens zuletzt auch negativ in einer Studie des *WWF* aufgefallen, da sage und schreibe zehn von diesen Unternehmen betriebene Kraftwerke in der Liste der dreißig schmutzigsten Kraftwerke (CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde produziertem Strom) der EU auftauchen. Von diesen zehn Kraftwerken erreichten sogar fünf eine Platzierung in den nicht eben ruhmreichen Top Ten dieser Studie.

Da aber nun diesen Unternehmen mittlerweile klar ist, dass ein hoher CO₂-Ausstoß in Zukunft zu hohen Kosten für Verschmutzungszertifikate führen wird, startete jetzt ein Modellversuch des so genannten CO₂-Sinkverfahrens. Bei diesem Verfahren soll der Ausstoß von Kohlendioxid in die Atmosphäre durch eine Filterung im Kraftwerk und eine Verpressung des verflüssigten CO₂ in tiefe, sichere Gesteinsschichten vermieden werden.

Probleme dieses erst im Modellversuch getesteten Verfahrens sind jedoch die Sicherheit der Verpressung, das heißt die Stabilität des Gesteins nach der CO₂-Verpressung (siehe auch ASSE 2), die frühestens in zwanzig Jahren mögliche großflächige Nutzung des Verfahrens und die durch dieses Verfahren entstehenden Kosten, die bei wirklicher Nutzung in etwa die Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien erreichen würden.

Bevor wir zum Resumée dieses Kommentars kommen sei auch noch kurz darauf hingewiesen, dass Kohle als Rohstoff natürlich auch nicht endlos vorhanden sein wird.

Resumée

Als Resumée unseres kritischen Blickes auf die Energiegewinnung aus Kohle kann man also sagen, dass der geplante Neubau dieser großen Masse an Kraftwerken nicht nur mit sehr fadenscheinigen Argumenten (Stromversorgungslücke siehe oben) begründet wird, sondern auch mit Blick auf die Zukunft unseres Landes sehr **unzeitgemäß und fast schon gemeingefährlich ist**. Als Nachsatz an die Unternehmen sei noch darauf hingewiesen, dass ein sofortiger Investitionsstop in Kohlekraftwerke und weit hergeholt Ideen wie das CO₂-Sinkverfahren bei gleichzeitiger Umleitung dieser Gelder zur Verbesserung der erneuerbaren Energiegewinnungsverfahren oder auch zum Anschluss von z.B. bestehenden Windkraftanlagen an das deutsche Versorgungsnetz, nicht nur die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde

BI erhält Zuspruch aus Witten

RN vom 20.05.08
Stadtwerke in Kritik

Lünen • Die Bürgerinitiative Kontra Kohlekraftwerk (BI KKK) freut sich über Unterstützung aus Witten in Person von Herbert Schlüter.

Schlüter, der seine Jugend in Lünen verbracht hat und hier auch seine Berufsausbildung absolvierte, prangert die Politik seines eigenen Unternehmens an. Er kritisiert, dass sich die dortigen Stadtwerke am Trianel-Kohlekraftwerk Lünen beteiligt haben und fordert den Ausstieg.

„Im Gegensatz zu Lünen ist es in Witten offenbar kein Widerspruch, Mitarbeiter eines Energieversorgungsunternehmens zu sein, gleichzeitig für Klimaschutz und gegen Kohleverstromung zu kämpfen und dies auch öffentlich zu äußern“, kommentiert die BI.

Am gestrigen Freitagabend wurde Herbert Schlüter auf dem Hof Kersebohm erwartet, um dort eine Altpapierspende zu übergeben.

Die BI finanziert aus dem Erlös des Altpapierverkaufs die Klage gegen das Trianel-Kraftwerk (wir berichteten).

sogar die Gewinnziele dieser Unternehmen. **Wobei natürlich aus Erfahrung zu bedenken ist, dass die wenigsten dieser zum großen Teil börsennotierten Unternehmen überhaupt langfristig denken.**



Frauen und Mädchen weltweit im Aufbruch

Erlebnisbericht vom 8. Frauenpolitischen Ratschlag in Düsseldorf

von Renate Dietze, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

"Fährst du mit zum Frauenpolitischen Ratschlag?" Ratschlag – klingt gut. Also fahre ich am 3. Oktober mit nach Düsseldorf, neugierig, was mich dort erwartet. Menschen drängen in den großen Hörsaal. Eigentlich ist der nun voll, aber es kommen immer noch mehr: erfahrene, energische, fröhliche, junge und alte Frauen, buntgewandete Frauen von weit hergereist und – Männer! Männer? Hm...



Dann stellten sie sich vor, die Gastfrauen aus 30 Ländern, ihr Land, und die Situation der Frauen natürlich. Da wurde mir langsam klar, worüber hier „geratschlagt“ wird...



Genau! Am nächsten Tag ging's zur "Sache": um den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung – um die Befreiung der Frau schlechthin.



Ich gestehe sehr ehrlich: bisher glaubte ich, wer hierzulande selbstbewusst seine Rechte einklagt, der, Verzeihung: die ist befreit. Jetzt weiß ich, dass zu unseren Rechten noch viel mehr gehört als gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ein Kita-Platz fürs Kind und vielleicht Kreisrätin zu sein.



Sehr beeindruckend waren der Mut und starke Kampfgeist der Frauen aus so genannten Entwicklungs-Ländern, z.B. Afghanistan, Bolivien, Mexiko, Indien, Irak oder Türkei.

Sie riskieren Gefängnis, aber sie wissen genau, was sie wollen: frei sein von männlicher und kapitalistischer Unterdrückung. Diese Frauen sind es, sie bringen wieder mächtig Schwung

in den internationalen Kampf! Sie riefen sehr laut: "Wir müssen uns vereinen, wir müssen uns organisieren!"

Es waren nicht nur ihre Ehemänner anwesend, das wäre verständlich. Nein, es gibt schon recht viele, die haben verstanden, dass so ein Ziel nur gemeinsam erreicht werden kann.



Logisch, eigentlich ... Der Beweis: ein junger Mann ging ans offene Mikrofon und bat: "Sagt mir, was ich konkret tun kann. Ich habe keine Ahnung, aber ich will diesen Kampf unterstützen!"

Die Weltfrauenkonferenz kommt. Und sie kommt "mächtig gewaltig": 2011 in Venezuela.

Und wieder einmal wünschte ich, die Wittener Gleichstellungsbeauftragte wäre dabei gewesen – in anderen deutschen Städten, z. B. Chemnitz, ist man da schon weiter...



Montagsdemo Witten zum Zweihundertsten Mal

Im Pressebericht schreiben Markus Freiburg und Romeo Frey:

"Die 200. Montagsdemo in Witten startete bei strahlendem Sonnenschein mit etwa 25 Teilnehmern, als aber das Programm mit Sketchen, Liedern und Gedichten auf vollen Touren lief, waren es am Ende rund 50 Personen, die sich beteiligten. Allein an den Sketchen beteiligten sich sechs Personen. Etliche Passanten blieben interessiert stehen oder kamen zur Kundgebung dazu. Spontan erklärten zwei neue Teilnehmer, dass sie bei der Fahrt zur bundesweiten Demonstration nach Berlin mit dem Bus mitfahren wollen."



Weiter heißt es:

"Noch während der Kundgebung erhielt der Versammlungsleiter per Telefon die verbindliche Anmeldung eines Künstlers zur Busfahrt nach Berlin, der schon einige Male auf der Montagsdemo mit selbstverfassten Liedern zur Gitarre aufgetreten war, mit dem Wunsch dort auf der Bühne aufzutreten."



Ein Grußwort einer Aktiven der indischen Frauenbewegung dankte der Montagsdemo für ihre Unterstützung für die Teilnahme am Frauenpolitischen Ratsschlag 2008 in Düsseldorf.

Keine Alternative zum Widerstand

Rückblickend auf die nunmehr vier Jahre ununterbrochenen Widerstands wurde hervorgehoben, dass die Montagsdemo ein politischer Faktor in Witten geworden ist, eine Anlaufstelle für alle, die sich für ihren Kampf Mut holen wollen.

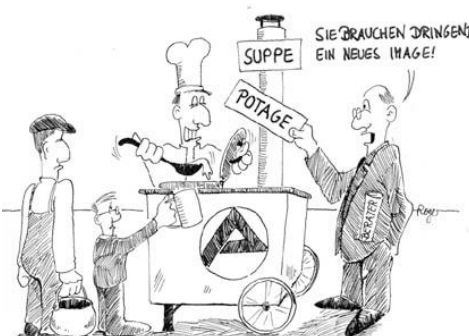
Dabei erfährt die Demo überwiegend positiven Zuspruch aus der Bevölkerung. Wöchentlich werden intensive Diskussionen geführt über Veränderungen der Politik und gesellschaftliche Alternativen sowie gegen Ungerechtigkeiten und Unterdrückungsmaßnahmen.



Besonders empörte die Teilnehmer die Tatsache, dass den Banken unwahrscheinlich schnell Milliardensummen zufließen sollen, während man bei den Ärmsten der Armen spart und sogar Studien erstellt werden, ob man nicht mit der Hälfte von Hartz IV auskommen könne.

Es ist doch ein Widerspruch, dass der Staat sich das Geld, mit dem er angeblich die Sparguthaben der Bevölkerung sichern will, bei den Banken leihen muss, welche für die Finanzkrise verantwortlich sind."

Soweit die Presseerklärung der Bürgerbewegung Montagsdemonstration.



Wer sich wehrt, lebt ehrenwert

Steigende Armut durch Hartz IV, ein boomender Leiharbeitssektor mit Niedrigstlöhnen, Schikanen für die Beziehenden von ALG II unterstreichen, wie wichtig die bundesweite Demonstration am Samstag, den 8. November in Berlin ist. Zum fünften Male treffen sich dort wieder viele Tausend Menschen, um gegen die unsoziale Politik der großen Koalition und gegen die Hartz-Gesetze zu protestieren! Gemeinsam werden viele örtliche Montagsdemos, Mitglieder von Einzelgewerkschaften, der DGB, einige Parteien, Arbeitsloseninitiativen, Betriebsräte, Vertrauensleute und Einzelpersonen in Berlin unter dem Motto "Wer sich gegen Armut und Unterdrückung wehrt, lebt ehrenwert!" demonstrieren.



AUF Witten ist der demokratische Protest auf der Straße wichtiger als alle Parlamentsreden. Deshalb haben wir 2004 die Montagsdemo in Witten ins Leben gerufen und unterstützen die daraus hervorgegangene Bürgerbewegung Montagsdemonstration Witten.

Wir unterstützen diese überparteiliche Bürgerbewegung, weil solche Bewegungen die Chance erhöhen, die herrschende Politik zu ändern im Sinne der hier lebenden Menschen.

Preispolitik der Stadtwerke

Führungsetage reagiert auf Kritik von AUF Witten

Von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

"Ein sehr hoher Anteil der steigenden Gas- und Strompreise in Witten ist hausgemacht" schrieben wir in der letzten Ausgabe von "Witten im AUFbruch".

Das wurde aus der Führungsetage der Stadtwerke kritisiert: *Allein der Gaseinkauf mache in Witten 500 Millionen € aus, da könne man die komplette Geschäftsführung entlassen, ohne dass sich das auf den Gaspreis nennenswert auswirken würde.*

Diese Logik ist *bestechend*: je höher der Einkauf, desto mehr Spielraum für Extras bei Vorstands- und Prokuristengehältern. Traute Einheit der Stadtwerke mit der Preistreiberei der Energieriesen. Haben doch alle was davon.

Wenn schon so *marktwirtschaftlich* argumentiert wird, warum werden dann die Spitzgehälter nicht am erzielten Gewinn gemessen? Da sieht es ja mit demnächst einer Million € Verlust nicht sehr gut aus, oder? Aber für Verluste zahlt ja der Verbraucher. Und der kleine Malocher: Da fallen den hohen Herren in seltener Einmütigkeit – ob Stadtverwaltung, Stadtwerke, Industrie oder Banken – sofort die *zu hohen Personalkosten* auf. Zweierlei Maß also und wie üblich auf Kosten der Allgemeinheit. Diese Denkweise ist nicht zu akzeptieren.



Unser Maßstab

Die Stadtwerke gehören zu 100 Prozent der Stadt Witten. Die dort angestellten Führungskräfte haben **ausschließlich im Interesse der Bürger zu handeln**. Da ist es schon unmoralisch, sich eine solche Tätigkeit mit Jahresgehältern von ca. 65.000 bis 110.000 € geradezu fürstlich honorieren zu lassen – vor allem in solchen Fällen, wo, wie wir in verschiedenen Ausgaben unserer Zeitung nachgewiesen haben, nicht einmal die entsprechende Qualifikation und Arbeitsleistung dahinter stehen.

Dementsprechend hat **selbst die Ausgabe kleinster Beträge ordnungsgemäß zu erfolgen**.

Wir fordern auch, dass entgegen der bisherigen Praxis eine **lückenlose Transparenz** über die Geschäftspolitik der Stadtwerke hergestellt und eine **tatsächliche und wirksame Kontrolle** ausgeübt wird.

Parteienklüngel und Inkompetenz

Jüngstes Beispiel sind die seit ca. elf Monaten laufenden Verhandlungen eines **Lenkungsausschusses** über eine geplante Fusion mit den Stadtwerken Herne. In diesem Ausschuss sitzen unter anderem eine Geschäftsführerin, deren Vertrag nicht mehr verlängert wird und der Fraktionsvorsitzende der SPD.

Für **externe Beratungsleistungen** durch Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaften wurde bisher ein Aufwand von ca. **750.000 € zu Lasten der Stadtwerke Witten** abgerechnet.

Und das, obwohl die Stadtwerke ihrer Gehaltsstruktur nach zu urteilen, über äußerst fachkompetente Leute verfügen müssten, die so etwas während ihrer Dienstzeit locker selbst analysieren könnten: Die Geschäftsführerin mit zwei ihrer Prokuristen kosten bereits rund 370.000 € jährlich, dazu noch eine gut besetzte Rechtsabteilung mit zwei Juristen.

Es drängt sich ein Umkehrschluss auf: Weil die Führungsriege der Stadtwerke nicht einmal eine Fusion selbst vorbereiten und prüfen kann, sind die Stadtwerke genau deshalb in diese wirtschaftliche und strukturelle Schieflage geraten. Statt dem Bürger Geld einzusparen, setzen sie das doppelte ihres Jahresgehalts, nämlich 750.000 € in den Sand, eine Fusion wird es wohl nicht geben.

Probleme nicht neu

Die Probleme der Stadtwerke sind nicht neu, sondern über Jahrzehnte entstanden. Bereits Mitte der 1990er

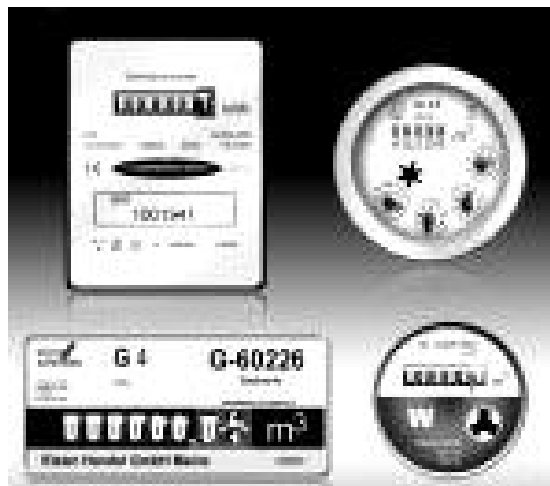
Jahre wurde wegen wirtschaftlicher Probleme über einen Teilverkauf der Stadtwerke Witten öffentlich nachgedacht.

Der ehemalige technische Leiter der Stadtwerke, Herr Obst, kommt ausführlich in der Lokalpresse zu Wort, weshalb er eine Fusion mit den Stadtwerken Herne nicht für sinnvoll erachtet. (Da hätte man viel Geld sparen können, wenn er sich früher gemeldet hätte.) Doch über seine eigene Rolle und Verantwortung damals schweigt er. Das von ihm so gelobte Stadtwerke-Schiff MS Schwalbe fährt seit Jahrzehnten Verluste in der Größenordnung bis 280.000 € pro Jahr ein, wird aber gerne für Repräsentationsveranstaltungen von Bürgermeisterin und Aufsichtsrat genutzt.

Als Fachmann müsste er sich auch die Frage stellen, weshalb mit Witten vergleichbare Stadtwerke wie Lünen, Münster, Bocholt, Unna, Herten nicht in derartigen wirtschaftlichen und strukturellen Schwierigkeiten stecken, die eine Fusion oder eher noch eine Übernahme durch einen Größeren provozieren.

Stadtwerke spitze?!

Es bleibt dabei, die Stadtwerke Witten sind spitze: **bei Führungsgehältern und Führungs-Privilegien, beim Verluste machen und sinnlose Gutachten bezahlen und deshalb natürlich auch bei den Preisen!** Wer diesen Zusammenhang leugnet, ist offensichtlich nicht bereit, die vielfach nachgewiesenen Missstände aufzudecken und zu beseitigen. Das müssen wir Bürger schon selber tun. **Machen Sie mit bei AUF Witten!**



Bestandsaufnahme

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nehmen wir uns einmal die Zeit darüber nachzudenken, was die kommunalpolitische Arbeit von Verwaltung und Rat der Stadt Witten den Menschen an Vorteilen im Verlauf der Legislaturperiode geboten hat. Da kann man durchaus von einer sehr mageren Ausbeute sprechen, um nicht zu sagen von einer menschenverachtenden Einstellung und Vorgehensweise in vielerlei Hinsicht. Die über Jahrzehnte kontinuierlich steigende Verschuldung war verbunden mit einer fast schon verzweifelt anmutenden Suche nach "Lösungen". Doch weil diese auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen, alten und behinderten Menschen, Rentnern, arbeitenden und arbeitslos gewordenen Menschen vollzogen wurden, erwiesen sie sich sämtlich als unsozial und damit auch untauglich zur Lösung der Probleme.



Oft sind es Kleinigkeiten, die das Leben der Menschen erschweren, wie nicht barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen.

Bei Bildungs- und Weiterbildungsangeboten für Kinder klaffen Lücken in der pädagogischen Betreuung und Begleitung in den Einrichtungen.

Berufsausbildungsangebote für Jugendliche sind schwach angesiedelt, durch geforderte hohe Qualifikationen von Chancengleichheit weit entfernt.

Arbeitslos gewordene Menschen werden mit Hartz IV bloß verwaltet und in 1-€-Jobs und Leiharbeit gedrängt. Gut für die Statistik. Ob sie von ihrem Verdienst menschenwürdig leben können, spielt wohl keine Rolle.

Immer mehr Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen in öffentlichen Verwaltungen fallen dem Rotstift zum Opfer, angeblich um die Schulden zu tilgen – das raubt der Jugend ihre Zukunft.

Die Zukunft der Jugend ist nicht der Maßstab für diese Art von Politik. Das Farbenspiel der Ratsfraktionen trägt diese Verhältnisse voll mit: einig im Kurs von

Personalabbau und Privatisierung öffentlicher Ressourcen.

Genauso einig sind sie bei der Ablehnung der von *AUF Witten* geforderten **Finanzierung kommunaler Aufgaben durch ein Zinsmoratorium auf Kosten der Banken**, den bisher einzigen Nutznießern der kommunalen Verschuldung.

Was wir in Witten brauchen, ist meiner Meinung nach eine überparteiliche und fortschrittliche Kommunalpolitik, die mit den "einfachen" Leuten um die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpft. **Das ist ein anderer Stil, eine wirkliche Alternative** zu dem, was von den Etablierten gemacht wird.

Deshalb hat *AUF Witten* 2004 die Montagsdemo gegen Hartz IV ins Leben gerufen und ist seitdem jeden Montag am Berliner Platz mit dabei.

Der demokratische Protest gegen dieses volksfeindliche Gesetz und die öffentliche Diskussion am offenen Mikrofon ist uns wichtiger als Reden im Stadtrat. Deshalb haben wir den Protest gegen die Schließung der Vormholzer Grundschule, der Bachschule und der Kronenschule unterstützt und den Widerstand gegen die Schließung von

Sportplätzen und Jugendhäusern zum Thema gemacht.

Deshalb unterstützen wir auch Initiativen und Kollegen im Kampf gegen Umweltverbrechen bei HP Pelzer Chemie und gegen die permanente Gestankbelästigung durch Evonik (Degussa).

Den Anliegen und dem Protest der Bürger im Rat ein Sprachrohr zu sein, ist eine Sache. Das könnten wir noch besser, wenn wir im nächsten Rat mit Fraktionsstärke einziehen würden und damit auch Antragsrecht hätten.

Aber es kommt auf die Aktivität der Betroffenen selbst an. Wenn Sie das unterstützen und fördern möchten, wenn Ihnen eine solche Kraft im Rat wichtig ist, gibt es viele Möglichkeiten:

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Personenwahlbündnis, kandidieren Sie für *AUF Witten* in einem Wahlkreis oder auf der Reserveliste, unterstützen Sie unsere Bündniszeitung durch Zuschriften oder Verteilen, werden Sie Wahlhelfer, Sponsor ...

Ihr *Gregor Duve*

► Die nächsten Termine von *AUF Witten* – kommen Sie doch mit dazu! ◀

Sonntag, 16. November 2008: 11 - 14 Uhr

Jahreshauptversammlung

Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

Samstag, 6. Dezember 2008: 11 - 13 Uhr

Infostand Innenstadt, Berliner Platz

Samstag, 29. November 2008: ab 18.30 Uhr

Jahresabschlussfest

Gemeindehaus der Martin-Luther-Kirchengemeinde,

Raum 2, Ardeystraße 138 in Witten-Annen

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de